

Erinnern an den Todesmarsch vom KZ Laagberg **Endlich: Gedenk- und Lernort**

Aus Anlass der 80. Wiederkehr des Todesmarsches der Häftlinge vom KZ Laagberg am 7. April 1945 hat die Stadt Wolfsburg am Ort des ehemaligen KZ eine Veranstaltung durchgeführt, bei der OB Dennis Weilmann (CDU) den Baubeginn des Gedenk- und Lernortes für 2026 fest zugesagt hat.

Dazu beigetragen hat mit Sicherheit die Kontaktaufnahme des »Freundeskreises Gedenk- und Lernort KZ Außenlager Laagberg e.V.«, in dem die VVN-BdA Mitglied ist, u. a. zum französischen Botschafter. So waren anwesend der französische Botschafter François Delattre, die Leiterin der »Gedenkstätte für Internierung und Deportation« aus Compiègne sowie Jean-Michel Gaussot aus Lyon, der Sohn des Häftlings Jean Gaussot. Sein Vater starb auf dem Todesmarsch.

Die internationalen Gäste betonten in ihren Redebeiträgen die Bedeutung der Erinnerungsarbeit für unsere beiden Länder, in denen undemokratische Bewegungen und Parteien erheblichen Zulauf haben.

Für den Baubeginn mehrere Jahre nach dem Ratsbeschluss hatte sich auch die KV Wolfsburg der VVN-BdA stark engagiert (vgl. dazu z. B. antifa März/April 2025). Ihre Einladung an

Jean-Michel Gaussot hatte seinerzeit wesentlich zum Ratsbeschluss beigetragen.

Die Hälfte der mehr als 700 Häftlinge, die im KZ Laagberg, Außenlager des KZ Neuengamme, interniert wurden, waren französische Staatsbürger, die wegen ihres Widerstandes gegen die Nazibesatzer nach Deutschland verschleppt worden waren und in der damaligen »KdF-Stadt« Zwangsarbeit leisten mussten.

Die Wolfsburger VVN-Vorsitzende Mechthild Hartung sagte dazu am Rande der Gedenkveranstaltung: »Ich bin natürlich sehr erfreut über den nun fest angekündigten Baubeginn. Dazu hat nach meiner Meinung wesentlich der hochrangige Besuch aus Frankreich beigetragen. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass die internationale Zusammenarbeit uns in der antifaschistischen Arbeit nützen kann. Sie ist für uns bereichernd und übt Druck aus.« **A. Hartung**

Besuch im »Lager XII Dalum«

Dank den Sowjetsoldaten!

Nach einem Besuch des neu geschaffenen Erinnerungsortes »Lager XII Dalum« besuchten Mitglieder und Freunde der VVN-BdA KV Ostfriesland die etwa eintausend Meter entfernte Kriegsgräberstätte für sowjetische Kriegsgefangene. Über 12.000 Angehörige der Roten Armee fanden hier im Emsland den Tod durch Vernachlässigung, Seuchen, Hunger, Mord – in Verantwortung der deutschen Wehrmacht.

Ihrer zu gedenken und uns bei der Roten Armee für die Befreiung im Mai 1945 zu bedanken, empfinden wir als Verpflichtung. Unser Dank gilt auch den kanadischen Soldaten, die maßgeblich zur Befreiung Ostfrieslands beitrugen.

80 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus war uns diese Veranstaltung besonders wichtig – gerade weil Bundesregierung und Medien die überragende Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung nicht angemessen würdigen. Die aktuelle Politik der Russischen Föderation schmälert doch die Verdienste und Opfer unserer Befreier nicht!



Kranzniederlegung der VVN-BdA KV Ostfriesland auf der Kriegsgräberstätte für sowjetische Kriegsgefangene in Dalum. Foto: Johannes Deters

Nie wieder Krieg! **Michael Jacob, Sprecher VVN-BdA KV Ostfriesland**



Gedenken in Peine. Foto: Frank Raabe-Lindemann

Peine am Tag der Befreiung

So viele wie noch nie

Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich am 8. Mai beim Ehrenmal im Peiner Herzberg – an ihrer Spitze Bürgermeister Klaus Saemann –, um den »Tag der Befreiung« zu begehen.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war der Beitrag der Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschule Bodenstedt-/Wilhelmschule, die einen deutschen Rapsong von BOYKOTTone vortrugen. In diesem geht es unter anderem darum, dass die Erinnerung an die Schrecken des Krieges wachgehalten werden müsse, um ein nächstes Mal zu verhindern. Die Lernenden der Klasse 9a kommen aus neun Ländern und haben zum Teil selbst Krieg und Gewalt erfahren.

Bei den Schülerinnen und Schülern der integrierten Gesamtschule Edemissen stand das Leben und Wirken von Sally Perel, der in Peine geboren wurde, im Mittelpunkt. Zum Schluss wurde Esther Bejarano zitiert: »Wie würde die Welt heute aussehen, wenn die Nazis damals gewonnen hätten?«

In ihrer Rede betonte Stefanie Weigand (Die Grünen), die als stellvertretende Landrätin für den Landkreis sprach: »Die grauenvollen Taten des Naziregimes wurden für die Welt deutlich sichtbar. Gerade auch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen lassen die Ausschnitte aus dem Bildmaterial der Briten den Betrachter niemals los. Mit diesen Filmrollen haben sie der Nachwelt einen unschätzbaren Dienst erwiesen.« Weiter sagte sie: »Es werden diejenigen lauter, die verharmlosen, die relativieren oder gar leugnen, dass diese Verbrechen geschehen sind.«

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Peiner Stadtrat, Matthias Wehrmeyer, lobte das phantastische Engagement der Schüler. Er führte aus: »Nie wieder Diktatur, nie wieder kriegserische

Angriffe unseres Staates, für Meinungsfreiheit in einer bunten, aber kämpferischen Gesellschaft, gegen die Populisten, die keine Konzepte, sondern nur hohle Phrasen verbreiten können.«

Für die CDU sprach Ratsfrau Tanja Nowak: »Die Stolpersteine, das jüdische Mahnmal und dieser Gedenkstein im Herzberg sind Orte der stillen Erinnerung. Sie mahnen uns: Auch hier haben Menschen gelitten und ihr Leben verloren.«

In seiner Begrüßung wies der VVN-BdA-Kreisvorsitzende Peter Baumeister das Ansinnen, die AfD als normale Partei zu betrachten, wie es der CDU-Politiker Jens Spahn formuliert hatte, mit aller Schärfe zurück.

Musikalisch umrahmt wurde die sehr gelungene Veranstaltung von Helmut Horneffer, der zum Schluss das Lied der »Moorsoldaten« vortrug. Danach legten Vertreterinnen und Vertreter von fast 15 Parteien, Organisationen und Verbänden Kränze nieder – so viele wie noch nie.

Peter Baumeister

Landes- Delegiertenkonferenz

An die Mitglieder der VVN-BdA Niedersachsen: Die VVN-BdA Niedersachsen e. V. führt vom 18. bis 19. Oktober 2025 ihre Landesdelegiertenkonferenz durch. Näheres über das Motto und den Ort erfährt Ihr über Eure Kreisvereinigung oder über das Landesbüro.

Für den Landesvorstand - **Michael Rose-Gille**

VVN-BdA auf dem Evangelischen Kirchentag

Ein Amen für das AfD-Verbot

Unter dem Motto »mutig – stark – beherzt« fand vom 30. April bis 5. Mai der Deutsche Evangelische Kirchentag in Hannover statt. Es gab über die Stadt verteilt vielfältige Veranstaltungen, Konzerte, Diskussionsrunden und christlich-religiöse Zusammenkünfte.



Der VVN-BdA-Stand auf dem Evangelischen Kirchentag 2025 war gut besucht. Foto: jff

Das Zentrum des Kirchentags war in den Messehallen. Dort war auch die VVN-BdA mit einem Infostand vertreten. Die Landesvereinigung Niedersachsen sowie Mitglieder aus Bremen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unterstützten den Stand personell.

Die Kampagne »AfD-Verbot jetzt!« war ebenfalls in unseren VVN-BdA-Stand eingebunden und wir haben uns gut ergänzt. Unsere Neofaschismus-Ausstellung wurde von vielen aufmerksam angeschaut und es gab Nachfragen. Flyer, Bücher, Aufkleber und Buttons waren außerordentlich begehrt. Direkt neben uns war der Stand von »Aufstehen gehen Rassismus«, was eine gute Kombination darstellte.

Interesse an Publikationen

Besonders fiel uns auf, dass viele junge Menschen – manche in Pfandfinder*innenuniform – neugierig die Publikationen anschauten und Fragen zum Stand des AfD-Verbotsverfahrens stellten. Einige berichteten, dass sie aus ländlichen Gebieten aus Süddeutschland kämen, in denen die AfD und Nazigruppen dominierten und es schwer sei, etwas dageganzusetzen.

Fast alle nahmen sich einen AfD-Verbots-Button mit, viele pinnten ihn gleich an ihre Taschen. Unser Tipp, gegen Nazi-Schmierereien mit unseren Stickern vorzugehen und am besten immer ein paar in der Tasche zu haben, fand großen

Anklang. Für Nachschub wurde unser Shop beworben.

»Gut, dass es euch gibt«

Besondere Aktualität bekam unser Stand durch die Mitteilung, dass der Verfassungsschutz nun endlich die AfD in Gänze als rechtsextrem einschätzt. Es gab auch kritische und nachdenkliche Aussagen, ob ein Verbot das richtige Mittel sei, aber überwiegend wurden die von uns verteilten Flyer zur Kampagne gern genommen und es gab enorm viele positive Rückmeldungen. Uns wurde Glück und Erfolg gewünscht und wir hörten mehrfach: »Danke für eure Arbeit, gut, dass es euch gibt.«

Merkwürdigkeiten

Es gab aber auch Merkwürdiges: Zwei Frauen kamen gezielt an den Stand, um zu provozieren. Die Verbots-Forderung sei vermessen und absolut undemokratisch. Innerhalb weniger Sekunden schafften sie es, uns in eine Diskussion über die Regierungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie zu verwickeln. Sie machten sich über uns lustig, weil es naiv sei, heute noch immer zu glauben, dass es sich bei Covid um eine ernste Krankheit handele.

Eine andere skurrile Begegnung endete in einem pseudo-religionswissenschaftlichen Gespräch über die Notwendigkeit, das »akut drohende Kalifat« in Deutschland zu verhindern. Gerade aus christlicher Sicht sei deshalb die AfD derzeit die einzig

wählbare Partei, die diese Gefahr erkenne. Bei manchen Gesprächen am Stand war es nicht einfach, ernsthaft und freundlich zu bleiben, wenn nach wenigen Sätzen deutlich wurde, dass die Person gar nichts aus dem Geschichtsunterricht mitgenommen hatte oder alle Themen so wild durcheinanderwarf, dass es gar keinen Anknüpfungspunkt gab.

Buntes Treiben

Die Besitzer*innen der 149 Euro teuren Kirchentagstickets waren gut an pinken Schals und Schlüsselbändern zu erkennen. Um uns herum gab es eine bunte Mischung aus Vereinen und Organisationen.

Vertreten waren - von Bibel-TV, kirchlichen Stiftungen, über die taz, Gewerkschaften, Christen in Ostpreußen, attac, Infos über Pilgerwege, Gruppen für Organspenden, Kampagnen gegen Organspenden, Fairtrade-Kaffee bis hin zur Stiftung Niedersächsischen Gedenkstätten sowie der Polizei.

Zwei Polizisten kamen fröhlich zu unserem Stand. Einer spendete fünf Euro für die Kampagne »AfD-Verbot jetzt!« mit den Worten: »Endlich haben wir die offizielle Bestätigung, dass die AfD rechtsextrem ist. Jetzt muss gehandelt werden.« Als er von einer Besucherin gefragt wurde, ob er fotografiert werden dürfe, steckte er nochmal was in die Spenden-dose, damit das mit auf das Foto kommen konnte.

Friedensinitiative

Eine Friedensinitiative der Kirchen, die auf dem Kirchentag nicht zuge-

Artikel und Fotos bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir freuen über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der VR-Bank Altenburger Land eG/Deutsche Skatbank, IBAN: DE79830654080004212886, BIC: GENODEF1SLR

lassen worden war, hatte in den Verdi-Höfen ein eigenes Programm auf die Beine gestellt. Themen waren hier unter anderem ein Workshop »Kapitalismus und Krieg, Ökonomie und Gewalt« oder ein Vortrag zur »Theologie der Gewaltfreiheit«. Die Angebote wurden gut genutzt, auch von Kirchentagsbesucher*innen.

Vom Kirchentag ausgehend wurde eine Resolution der »Antifaschistischen Kirchen« beschlossen, die ein Verbot der AfD fordert (siehe Kasten).

Am 1. Mai beim DGB

In Hannover war die VVN-BdA außerdem beim DGB-Maifest am 1. Mai mit Infomaterial, der *antifa* und Luftballons präsent. Auch hier trafen wir auf viele Kirchentagsbesucher*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich für die VVN-BdA interessierten. Gefreut haben wir uns über eine Gruppe junger Christ*innen, die mit Begeisterung verschiedene VVN-Sticker mitnahmen und sagten: »Jetzt haben wir endlich etwas zum Verkleben in unserem Dorf.«

Inge Scharna

Initiative »Antifaschistische Kirchen«

»Die AfD gehört verboten«

Die Initiative »Antifaschistische Kirchen« hat im Rahmen des Evangelischen Kirchentages am 3. Mai 2025 folgende Resolution beschlossen:

Aus der Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz muss jetzt der nächste Schritt folgen: Wir fordern den Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung auf, das Bundesverfassungsgericht

mit der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der AfD zu beauftragen.

Unsere Kirchenleitungen bitten wir dringend darum, diese Forderung mit all ihren Mitteln zu unterstützen und in eigene Beschlüsse zu überführen.